



SPD-Info-2009-06

20.11.2009

Liebe Freundinnen und Freunde der SPD, liebe Interessenten an der Kommunalpolitik,

eine anstrengende Sitzungswoche mit intensiven Haushaltsberatungen liegt hinter uns. Die Weichen für eine solide Haushaltspolitik auch im Jahr 2010 sind dank der SPD gestellt. Dabei konnten wir dennoch wichtige Maßnahmen im Bereich Bildung, Kultur und Straßen- und Radwegebau durchsetzen. Finanziert haben wir dies in erster Linie durch einen realistischen Haushaltsansatz bei der Sanierung des Onolzbachgewölbes und der vorläufigen Streichung der Sanierung des Rezatparkplatzes. Auf der Einnahmenseite haben wir eine Angleichung der Grundsteuer A vorgeschlagen. Insgesamt sparten wir gegenüber dem Verwaltungsvorschlag rund 700.000 Euro ein. Mit der Hälfte konnten wir die kurzfristig zu erwartende Erhöhung der Bezirksumlage finanzieren. Die Nettokreditaufnahme für das Haushaltsjahr 2010 beträgt damit ca. 2.635 T€ und entspricht damit in etwa dem für das Jahr 2008 auszugleichenden Fehlbetrag in Höhe von 2.640 T€. Zur Erinnerung: Dieser Fehlbetrag wurde durch einen dramatischen, nicht vorhersehbaren Einbruch bei der Gewerbesteuer verursacht. Pro Einwohner beträgt die Verschuldung Ende 2010 voraussichtlich 535 Euro und liegt damit weit unter dem Landesschnitt der kreisfreien Städte (unter 50.000 Einwohnern) in Höhe von 1.228 Euro/Einwohner (Bezugsjahr 2008). Trotz weiter rückläufiger Einnahmen beinhaltet der Investitionshaushalt gut 12,5 Millionen an Investitionen. Wichtigste Ausgabenpositionen sind die Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II (2.420 T€ für energetische Maßnahmen an verschiedenen Schulen), die Errichtung der Integrierten Rettungsleitstelle (1.014 T€), die Sanierung des Aquellas (948 T€) und des Klinikums Ansbach (800 T€) und Gemeindestraßen (560 T€). Im folgenden stelle ich die wesentlichen Diskussionspunkte der Haushaltsberatungen dar:

1. Investitionen in Bildung und Schulen

Neben den bereits von der Verwaltung im Rahmen des Konjunkturpakets II eingestellten Maßnahmen setzten wir uns für weitere wichtige Maßnahmen ein. Erfolgreich konnten wir Schallschutzmaßnahmen für die Gänge in der Güllschule durchsetzen. Diese Maßnahme wurde einstimmig beschlossen, obwohl sie nicht auf der Anforderungsliste der Verwaltung stand. Von Schule und Elternbeirat wird sie aber seit längerem dringend gefordert. Bei der Berufs- und Wirtschaftsschule wollten wir die dringend notwendige Generalsanierung vorantreiben. Im Haushaltsjahr 2010 wird nun laut Aussage des Bauamtes die Planung soweit vorangetrieben, dass Förderanträge gestellt werden können. Die zu erwartenden Kosten liegen bei ca. 13 Millionen Euro (!). Für eine Linderung der Raumnot an der Fachoberschule haben wir ein Privat Public Partnership (PPP) auf dem Gelände des ehemaligen „Grauen Wolfs“

vorgeschlagen. Die Stadt wird diese Variante prüfen.

Für das Theresiengymnasium wollten wir die Planungskosten für einen dringend erforderlichen Erweiterungsbau in den Haushalt einstellen. In Vorgesprächen signalisierten Vertreter der BAP, Grünen, ÖDP und FW ihre Zustimmung. Auch in den Haushaltsberatungen betonten alle Vertreter die Wichtigkeit dieser Maßnahme. Letztendlich wurde die Maßnahme gegen die Stimmen der SPD und Grünen abgelehnt. Ärgerlich, dass insbesondere die BAP in letzter Sekunde eine Rolle rückwärts machte.

2. Investitionszuschuss für die Kammerspiele genehmigt

Der geplante Erweiterungsbau der Kammerspiele wird in den Jahren 2010/11 mit 200 T€ gefördert. Die Stadt erhält dafür einen Zuschuss aus Mitteln der Sozialen Stadt in Höhe von 80 T€. Mit dem Erweiterungsbau wird das Angebot der Kammerspiele deutlich erweitert. Insbesondere die geplanten Gruppenräume werden vielen Vereinen und Aktivitäten eine neue Heimat bieten. Die Kammerspiele können damit weiterhin das kulturelle Leben der Stadt Ansbach erheblich bereichern. Der Ausbau wurde gegen die Stimmen der CSU, FW und der OB beschlossen.

3. Investitionen in Straßen und Radwege

Aus den eingesparten Mitteln kann die Ortsstraße in Dombach i. Loch gemeinsam mit der AWEAN saniert werden. Hierfür werden von Seiten der Stadt 90 T€ benötigt. Es handelt sich um eine sinnvolle Maßnahme, die einstimmig verabschiedet wurde.

Die Planungskosten für die Meinhardswindener Straße sollten auf Antrag der BAP gestrichen werden. Wir konnten erfolgreich durchsetzen, dass 40 T€ Planungskosten im Haushalt bestehen bleiben und nach Erarbeitung einer Prioritätenliste durch die Verwaltung und den Bauausschuss entsprechend eingesetzt werden.

Auch in Zeiten knapper Kassen konnten wir unser Ziel, jedes Jahr einen Radweg zu bauen durchsetzen. Betroffen ist der Lückenschluss zwischen Bernhardswinden und Rös. In Bernhardswinden kann dadurch eine erhebliche Gefahrenstelle insbesondere für Kinder und Jugendliche beseitigt werden. Die Kosten für die Maßnahme belaufen sich auf ca. 300 T€ bei Zuschüssen in Höhe von voraussichtlich 150 T€.

4. „Sparwille“ der CSU

Die CSU geriert sich immer gerne als Hüter des Haushaltes. Mit entsprechender Spannung warteten wir auf die entsprechenden Sparvorschläge. Das Ergebnis war ernüchternd. Mit Streichungen beim Personal, beim Klimaschutz, bei der Grundschule Eyb und beim Kindergarten Kunterbunt wollte die CSU ca. 560 T€ einsparen. Ein Großteil der Anträge wurde während der Haushaltsberatungen nach kurzer Erläuterung durch die Verwaltung zurückgezogen. Offenbar waren die Vertreter der CSU über die Hintergründe schlecht informiert.

Lediglich die Einsparungen beim Personal (250 T€) wollte die CSU unbedingt durchsetzen, ohne jedoch konkrete Vorschläge zu machen. Die Verwaltung solle mit der (Wieder-)Besetzung von Stellen zurückhaltend sein. Bei den

Stellenplanberatungen vor einem Monat stimmte die CSU noch für den Stellenplan, der keine neuen Stellen vorsieht.

Im Gegenzug stimmte die CSU Ausgabenmehrungen in Höhe von knapp 570 T€ zu.

Unerträglich waren die ständigen Angriffe der CSU auf die anderen Fraktionen, denen sie eine „politische Geisterfahrt“ attestierten.

5. Retti-Palais

Sowohl BAP als auch CSU versprechen sich aus der Veräußerung des Retti-Palais Mehreinnahmen, die sie gerne in den Haushalt einstellen wollten, um ihre Ausgabenwünsche zu finanzieren. Hintergrund ist ein Gesprächstermin im Januar 2010 mit Vertretern der Bayerischen Staatsregierung. Bei diesem Gespräch soll ausgelotet werden, ob und inwieweit das Retti-Palais für die Staatliche Bibliothek, die aus allen Nähten platzt, verwendet werden kann. Wir würden einen Verkauf des Retti-Palais an den Freistaat Bayern begrüßen. Allerdings halten wir einen Ansatz im Haushalt zur Deckung von Ausgabewünschen als unseriös. Zum einen handelt es sich um ein erstes Gespräch, zum anderen sollen Mittel aus der Veräußerung von Grundstücken grundsätzlich zur Tilgung von Schulden verwendet werden.

6. Volksbegehren Nichtrauchererschutz

Die SPD unterstützt das Volksbegehren Nichtrauchererschutz. Die Eintragungsfrist läuft vom 19.11.2009 bis 02.12.2009. Für einen Erfolg müssen 10 Prozent der Wahlberechtigten ihre Unterschrift leisten. Entscheidend ist natürlich, den Nichtrauchererschutz so zu stärken wie es vom Grundgesetz vorgesehen ist. In Artikel 2 heißt es: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“. Die CSU glaubt heute noch, dass die deutlichen Verluste bei der Landtagswahl 2008 im Zusammenhang mit dem mutigen Gesetz für den Nichtrauchererschutz stehen. Es ist an der Zeit der CSU einen ordentlichen Denktzettel zu verpassen. Leisten Sie ihre Unterschrift und stärken sie den Nichtrauchererschutz.

Mit solidarischen Grüßen
Martin Porzner
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender